



LANDKREIS OSNABRÜCK

**Bebauungsplan Nr. 129 „Heheland“,
1. Änderung**

Satzung

ABSCHRIFT

Proj. Nr.: 209094

Wallenhorst, 2009-11-11

IPW  **INGENIEURPLANUNG**
Wallenhorst

Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 11.11.2009 die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 „Heheland“, bestehend aus der nachstehenden textlichen Festsetzung, als Satzung beschlossen.

Georgsmarienhütte, 11.12.2009

gez. Lunte
.....
Bürgermeister

S
(Siegel)

Geitungsbereich

Die 1. Änderung umfasst den gesamten Geitungsbereich des Ursprungsplanes und wird im einzelnen wie folgt begrenzt:

Im Westen: durch die westliche Grenze des Flurstücks 147/1 („Klewitsheide“)

Im Norden: durch die Mittelachse der Straßenparzelle 149/18 („Dorfstraße“), die Mittelachse der Straßenparzelle 196/21 („Schulstraße“), die nördlichen Grenzen der Flurstücke 113/1, 108/2, 108/3, 108/4, 108/5 und 108/11, die östliche Grenze des Flurstücks 108/11 sowie die südliche Grenze des Flurstücks 149/18 („Dorfstraße“).

Im Osten: durch die östliche Grenze des Flurstücks 149/18 („Dorfstraße“), die östlichen Grenzen der Flurstücke 67/45, 67/47 und 67/48, die südlichen Grenzen der Flurstücke 67/48, 67/47 und 67/50, die westliche Grenze des Flurstücks 67/49 („Alte Heerstraße“), die östliche und die südliche Grenze des Flurstücks 65/36 sowie die westlichen Grenzen der Flurstücke 65/58, 25/30, 25/33, 25/31 und 25/36.

Im Süden: durch die Mittelachse des Flurstücks 146/2 („Heideweg“).



§ 1

Fassung der Baunutzungsverordnung (BauNVO)

Für den Bebauungsplan Nr. 129 „Heheland“ gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990.

§ 2

Ausschluss von Vergnügungsstätten im GE-Gebiet

Vergnügungsstätten gemäß § 8 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.

§ 3

Ausschluss von zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten im GE-Gebiet

- a) Verkaufsflächen für den Verkauf an Endverbraucher mit zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimentsgruppen gemäß „Georgsmarienhütter Liste“ sind nicht zulässig (siehe Begründung). Hiervon ausgenommen ist der Verkauf von Nahrungs- und Genussmitteln (Lebensmittel, Reformwaren, Getränke, Tabakwaren, Brot, Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren).
- b) Abweichend von der Regelung unter (a) sind zentren- und nahversorgungsrelevante Sortimentsgruppen als Randsortimente bis zu 10 % der Verkaufsfläche, maximal jedoch 50 m², zulässig.
- c) Abweichend von der Regelung unter (a) sind im Gewerbegebiet Handwerksbetriebe mit Verkaufsflächen für den Verkauf an Endverbraucher zulässig, wenn das angebotene Sortiment überwiegend aus der eigenen Herstellung am gleichen Standort stammt und die Verkaufsfläche der Geschossfläche des Handwerksbetriebs untergeordnet ist. Die Verkaufsfläche ist auf maximal 100 m² begrenzt.

Hinweis:

Mit In Kraft treten der 1. Änderung gelten auch weiterhin die Festsetzungen des Ursprungsplanes, soweit sie nicht hierdurch geändert wurden.

VERFASSERVERMERK

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 wurde im Auftrag und im Einvernehmen mit der Stadt Georgsmarienhütte ausgearbeitet von

IPW INGENIEURPLANUNG GmbH & Co. KG
Ingenieure ♦ Landschaftsarchitekten ♦ Stadtplaner
Telefon (0 54 07) 8 80-0 ♦ Telefax (0 54 07) 8 80-88
Marie-Curie-Straße 4a ♦ 49134 Wallenhorst

Wallenhorst, 2009-12-03

gez. Desmarowitz

.....

VERFAHRENSVERMERKE

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Georgsmarienhütte hat in seiner Sitzung am 25.02.2009 die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 10.08.2009 ortsüblich bekanntgemacht.

Georgsmarienhütte, 11.12.2009

S

.....gez. Lunte.....
Bürgermeister

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Georgsmarienhütte hat in seiner Sitzung am 17.06.2009 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 10.08.2009 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 18.08.2009 bis 18.09.2009 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Gemäß § 4a Abs.2 BauGB sind gleichzeitig die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt worden.

Georgsmarienhütte, 11.12.2009

S

.....gez. Lunte.....
Bürgermeister

SATZUNGSBESCHLUSS

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 am 11.11.2009 als Satzung gemäß § 10 BauGB sowie die Begründung beschlossen.

Georgsmarienhütte, 11.12.2009

S

.....gez. Lunte.....
Bürgermeister

IN KRAFT TRETEN

Der Satzungsbeschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 wurde gemäß § 10 BauGB am 15.12.2009..... Im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück bekanntgemacht und ist damit rechtsverbindlich geworden.

Georgsmarienhütte, 08.02.2010.....

S

.....gez. Lunte.....

Bürgermeister

VERLETZUNG VON VORSCHRIFTEN

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 2a BauGB oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gem. § 214 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht worden. Entsprechende Verletzungen oder Mängel werden damit unbeachtlich.

Georgsmarienhütte, 05.08.2013.....

S

.....gez. *Bohlmann*.....

Bürgermeister